

Bericht über die Entwicklung in POLEN

August 1960

<u>A. Innere Entwicklung</u>	Seite: 1
<u>I. Politische Ereignisse</u>	1
1) Der Parteiapparat muß lernen	1
2) Partei in Zahlen	2
3) Das Recht auf Kritik gesetzlich geschützt	3
<u>II. Wirtschaft</u>	4
1) "Kornschlacht"	4
2) Ernteeinbringung	5
3) Hochwasserschäden	6
4) Revision des Investitionsprogrammes	7
5) Beschäftigungsprobleme im nächsten Jahrfünft (1961-65)	7
6) Beschäftigungsprobleme in Niederschlesien	9
<u>III. Soziale und kulturelle Probleme</u>	10
1) Jugend lernt Beruf in den Betrieben	10
2) Kampf um "sozialistisches Theater"	11
3) Gewerkschaften in Zahlen	13
4) Polytechnisierung der Schulen	13
<u>B. Polen und Ausland</u>	
1) Polnische Note	15
2) "Ein Irrtum der SPD"	15

A. Innere Entwicklung

I. Politische Ereignisse

1) Der Parteiapparat muß lernen

Die Nach dem Oktober 1956 zum Teil durchgeführte Dezentralisierung der Wirtschaft, Verwaltung und anderer Gebiete des öffentlichen Lebens in Polen stellte die Parteibehörden auch in entlegenen Provinzen vor neue Aufgaben. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" schreibt am 31. August, daß z.B. 24 % des Staatshaushalts den örtlichen Nationalräten zur Verfügung stehen. Mehr als ein Viertel des Staatsbudgets unterliegt der selbständigen Disposition der Lokalbehörden. "Unter diesen Umständen wird es klar" - meint das Parteiorgan - "daß der politischen Lenkung dieser örtlichen Behördenorgane durch die Partei eine immer größere Bedeutung zukommt."

Mehr selbständige Aufgaben bedeuten auch mehr Verantwortung. Das Blatt meint, daß die lokalen Parteinstanzen nicht "blinde Vollzieher der Instruktionen, Anweisungen und Beschlüsse" von oben sein dürfen. Sie müssen selbständig Entschlüsse fassen, die eine Kenntnis des betreffenden Sachgebietes voraussetzen. Das erfordert Erfahrung und intellektuelle Vorbereitung des Parteiapparates in der Provinz.

Die Folge solcher Überlegungen war, daß in den letzten drei Jahren immer mehr Mitglieder des Parteiapparates ihre Schulbildung vervollständigen mußten. 30 % der Angehörigen des Parteiapparates, die noch keine abgeschlossene Mittelschulbildung hatten, mußten sich auf die Schulbank setzen. Unter ihnen gibt es viele Funktionäre, die einen hohen Parteiposten innehaben, wie z.B. 129 erste Sekretäre und 309 Sekretäre der Kreiskomitees der Partei.

Dieser Lernzwang brachte schon beachtliche Ergebnisse. In der Wojewodschaft Warschau gab es noch vor anderthalb Jahren unter den 101 Sekretären der Kreisinstanzen der Partei nur 17 mit Abitur. Heute beträgt die Zahl schon 52, also mehr als die Hälfte. Die entsprechenden Zahlen für die Sekretäre mit beendigter Hochschulbildung betragen damals 1 und heute 13.

Das Bildungsniveau des Parteiapparates in der Provinz hat sich auch dadurch erhöht, daß "neue Leute, die eine Mittel- oder Hochschulbildung und entsprechende politische Vorbereitungen haben, an die Arbeit kamen".

15 Jahre dauert schon die kommunistische Herrschaft über Polen und in dieser Zeit haben sich manche Kriterien geändert. Für einen Parteifunktionär in

gehobener Stellung genügt heute "proletarische Zuverlässigkeit" nicht mehr. Vieles deutet darauf hin, daß die erhöhten Anforderungen an die fachliche Qualifikation eine Umschichtung des Parteiapparates in den nächsten Jahren zur Folge haben. Zum Teil ist das schon in den vergangenen 2 bis 3 Jahren geschehen, aber dieser Prozeß wird sich in der nächsten Zukunft intensivieren, je komplizierter die Probleme der politischen und wirtschaftlichen Lenkung werden.

Auf diese Weise wird das Leben ein Problem lösen, das GOMULKA nach seiner Rückkehr zur Macht vor vier Jahren nicht zu lösen vermochte: Endgültige Entstalinisierung des Parteiapparates.

2) Partei in Zahlen

1.093.000 Mitglieder und Kandidaten zählte die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei (PZPR) Mitte dieses Jahres. Es waren 74.000 mehr als zu Beginn des Jahres. Die Zahl der Parteikandidaten beträgt davon 147.000, das sind 13,5% der Gesamtzahl aller erfaßten Personen. Davon sind 88.000 in den ersten 6 Monaten des Jahres eingetreten.

Im ersten Halbjahr 1960 wurden fast 8.000 von den Mitgliederlisten gestrichen und fast 4.000 aus der Partei ausgeschlossen, hauptsächlich wegen Wirtschaftsvergehen.

Die soziale Struktur der Partei sieht folgendermassen aus:

48,4 % Arbeiter

16,1 % Bauern

33,5 % "geistige Arbeiter", darunter eine große Anzahl von Ingenieuren, Technikern, Agronomen und Lehrern.

Junge Menschen unter 25 Jahren machen jetzt 35 % der Gesamtzahl der Parteimitglieder und -kandidaten aus (370.000).

Der Anteil der jungen Menschen und der Arbeiter in der Partei vergrößerte sich langsam aber systematisch in den letzten Jahren. Während der stalinistischen Zeit drohte der Partei eine Verbürokratisierung und Überalterung. Nun scheint diese Gefahr für die Partei gebannt zu sein.

3) Das Recht auf Kritik gesetzlich geschützt

Im polnischen Justizministerium hat man einen Gesetzentwurf zum Schutz des Kritikrechtes ausgearbeitet. U.a. sieht der neue Entwurf Strafen bis zu 5 Jahren Gefängnis und Geldstrafen für diejenigen vor, die unter Mißbrauch ihrer dienstlichen Stellung Personen schädigen, die im öffentlichen Interesse eine Kritik vorbringen. Die gleichen Strafen drohen denjenigen, die eine Kritik verhindern wollen.

Gutorganisierte Interessencliquen verstehen es in vielen Fällen, ihre Gegner, die sie zu kritisieren versuchen - kaltzustellen. Eine Entlassung von der Arbeit oder Versetzung auf einen schlechter bezahlten Posten gaben bisher den Justizorganen keine gesetzliche Handhabe, um gegen die "Kritikwürger" vorzugehen. Solche Racheakte können aber in der Zukunft bestraft werden, wenn man die Kritik als berechtigt ansieht.

Die Zukunft wird zeigen, ob das neue Gesetz eine wirksame Waffe zum Schutz der Kritik ist. Trotz aller Bemühungen von GOMULKAs Parteileitung konnte die soziale Funktion der Kritik nicht zur Geltung kommen. Sie ist aber eine der wichtigen Voraussetzungen für alle Bemühungen um die Sanierung des wirtschaftlichen Lebens in Polen und für die Gewährleistung des Begriffes vom Rechtsstaat, wie ihn GOMULKA und seine Umgebung verstehen.

Das Gesetz über den Schutz der Kritik befaßt sich auch mit dem Problem des Ehrenschatzes. Die Autoren des Entwurfes vertreten die Meinung, daß ein übertriebener "Ehrenschatz" auf die Ausübung des Kritikrechtes hemmend wirkt. Jemanden, der Kritik an einem Verwaltungs- oder Wirtschaftsfunktionär ausübt, droht immer die Gefahr, daß unter vielen richtigen Beschuldigungen auch einige ungerechtfertigte sein können. Entscheidend ist der "gute Wille" des Kritikers, die subjektive Überzeugung, daß die Beschuldigung wahr ist. Wer eine Kritik vornimmt, hat aber auch die Pflicht, sich zu überzeugen, ob die Vorwürfe stichhaltig sind. Wer leichtfertig Kritik ausübt, muß also mit Bestrafung im Falle einer Verunglimpfung rechnen, wenn er nicht guten Willens war oder sich vorher nicht ausreichend informiert hat.

II. Wirtschaft

1) "Kornschlacht"

Als eine der vordringlichsten Aufgaben der Landwirtschaft bezeichnet man in Polen die Einschränkung des devisa-raubenden Imports von Getreide. Die Fachleute auf dem Agrargebiet sind jetzt in Polen dabei, die Einzelheiten einer großangelegten und Jahre dauernden "Kornschlacht" auszuarbeiten.

Einerseits will man durch die Erhöhung der Hektarerträge, andererseits durch die Verringerung des Verbrauchs Einsparungen erreichen. Das letztere ist besonders in der Tierzucht durch die Verwendung anderer Futterpflanzen möglich.

Die Produktionsreserven der polnischen Landwirtschaft sind ohne Zweifel sehr groß. Bei ungefähr gleicher Bodenbeschaffenheit erreicht man in verschiedenen Gebieten Hektarerträge für Getreide zwischen 6 und 26 dz.

Eine Erhöhung der Erträge wollen die kommunistischen Planer in Polen durch verbesserte Saatgutwirtschaft und intensivierete Düngung erzielen. Auf diesen beiden Gebieten ist die Rückständigkeit besonders groß.

Von den 14,5 Millionen Tonnen Getreide, das im letzten Jahr produziert wurden, verbraucht man zu Futterzwecken ca. 8 Millionen to. Man wird diesen Verbrauch von Getreide für die Viehzucht einschränken. Gleichzeitig denkt man an das CHRUCHESCHOW'sche Universalrezept: Die Erweiterung des Maisanbaues, was unter polnischen Klimaverhältnissen eine sehr problematische Lösung ist. Auf jedem Fall will man am Ende des nächsten 5-Jahresplanes (1965) eine Erhöhung des Gesamtertrages für Getreide auf 16 Millionen to erzielen, davon sollen 700.000 to Mais sein. Gleichzeitig soll die Anbaufläche für Getreide von den heutigen 9,332 Mill. ha auf rund 9,00 Mill ha eingeschränkt werden.

Die landwirtschaftliche Politik des Landes muß aber die Tatsache in Rechnung stellen, daß der wirtschaftlich und technisch meistens rückständige polnische Bauer ausschlaggebend ist.

"In unseren Verhältnissen" - schreibt die parteiantliche "Trybuna Ludu" - am 3. August - "wo eine Millionenmasse von kleinen Erzeugern über das Niveau der landwirtschaftlichen Produktion entscheidet, ist die Realisierung auch der vollkommensten Konzeption eine komplizierte Sache." Das kommunistische Organ meint, daß nur die richtige Verwendung der wirtschaftlichen Anreizmittel einen Erfolg der landwirtschaftlichen Politik bringen kann.

2) Ernteeinbringung

Wie in allen vergangenen Jahren mußte man auch in diesem Jahre die Stadtbewohner mobilisieren, um die Einbringung der Ernte in den Staatsfarmen zu ermöglichen. Diese staatlichen Güter beschäftigen eine Zahl von Landarbeitern, die bei Vollmechanisierung und Motorisierung aller Haus- und Feldarbeiten ausreichen würden. Das Problem entsteht jedesmal während der Erntezeit dadurch, daß nur wenige Staatsfarmen technisch modern ausgerüstet sind. Mit einer größeren Zahl von Landarbeitern wüßten die meisten Farmen während der übrigen Zeit des Jahres nichts anzufangen. Außerdem wäre es nicht leicht, neue Arbeitskräfte zu finden. Die Landarbeit wird schlecht bezahlt und die meisten jungen Menschen auf dem Lande ziehen es vor, in der Stadt ihr Glück zu suchen.

Man besitzt auch nicht ausreichende Mittel für die notwendigen Investitionen auf den Staatsfarmen, die sie zu modernen landwirtschaftlichen Produktionsbetrieben machen würden. Dieser Prozeß ist zwar im Gange, es wird aber noch Jahre dauern, bis man so weit ist.

Vorläufig bleibt also alles beim Alten. Kommt die Zeit der Ernte, werden Arbeiter aus den Fabriken geholt und aufs Land geschickt.

In diesem Jahr war die Not der Staatsfarmen durch die von Unwetter und Hochwasser verursachten Schäden besonders groß. Die diesjährige Hilfsaktion hat sich von den vergangenen dadurch unterschieden, daß sie besser vorbereitet und organisiert war.

In den vergangenen Jahren mußte sich die Industrie oft darüber beschweren, daß man ihr plötzlich Arbeitskräfte wegnahm und so die Erfüllung der Produktionspläne unmöglich machte. Diesmal sorgte man vorzeitig dafür, daß für die "Ernteaktion" vorwiegend diejenigen abgezweigt wurden, die nicht direkt in der Produktion arbeiten. Nur in Ausnahmefällen, wenn die Produktionspläne der betreffenden Fabrik sowieso erfüllt werden konnten, durfte man auch andere Arbeiter wegnehmen.

Die Zeit des Ernteeinsatzes wurde auf zwei Wochen beschränkt. Die abkommandierten Städter durften nur bei der Ernteeinbringung beschäftigt werden.

Ein Grund für viele Klagen in vergangenen Jahren war die Einquartierung und Verpflegung der Hilfskräfte aus der Stadt. Auf diesem Gebiet erreichte man eine wesentliche Verbesserung nicht zuletzt dadurch, daß von vornherein

geregelt wurde, wer etwas zu leisten hatte.

Von den aus der Stadt geholten Erntehelfern erwartete man nicht, wie in den vergangenen Jahren, daß sie selbstlos eine patriotische Pflicht erfüllen. Diesmal sollten sie für ihre Arbeit auch besser als in ihren Arbeitsbetrieben bezahlt werden. Sie bezogen also ihre normalen Löhne und Gehälter von ihren Arbeitsbetrieben, als ob sie im Urlaub gewesen wären. Außerdem bekamen sie noch von den Staatsfarmen einen vorgeschriebenen Akkordlohn für die Feldarbeit. Verpflegungskosten mußten die Betroffenen diesmal selbst bezahlen, die Reisekosten wurden dagegen von der Farmverwaltung bezahlt.

Das neue System funktionierte viel besser und es gab in diesem Jahre von beiden Seiten viel weniger Klagen.

3) Hochwasserschäden

Die ohnehin mit großen Schwierigkeiten kämpfende Landwirtschaft Polens erlebte Ende Juli und Anfang August d.J. eine Hochwasserkatastrophe, größer als die letzte dieser Art im Jahre 1934. 100.000 ha Ackerland standen unter Wasser, 150.000 Bauernhöfe wurden betroffen. Außer der Landwirtschaft hat auch das Verkehrssystem im Weichselgebiet schwere Verluste erlitten. U.a. wurden über 600 kleinere und größere Brücken beschädigt oder zerstört.

Eine schnell organisierte Hilfe verhinderte noch größere Schäden. So hat beispielsweise der Tierbestand der Landwirtschaft keinen nennenswerten Verluste zu verzeichnen.

Das schlecht ausgebaute Versicherungssystem auf dem Lande hat zur Folge, daß den Hauptteil der Verluste die Bauern selbst zu tragen haben. Der Staat versuchte, die Not dadurch zu lindern, daß den Betroffenen lang- und kurzfristige Kredite erteilt wurden. Ein Teil der Steuern wurde den Geschädigten erlassen.

Trotz aller Bemühungen, die Folgen des Hochwassers zu mildern, werden sie sowohl für die Einzelnen als auch für die Volkswirtschaft schmerzlich sein. Um solche Katastrophen in der Zukunft auszuschließen, will man den seit langem geplanten und aus verschiedenen Gründen (Geldmangel und Widerstand der Naturschutzbehörden) mehrmals verschobenen Bau der großen Stauseen im südlichen Teil des Weichselgebietes doch durchführen. Es wird allerdings mit diesen Arbeiten nicht vor 1965-70 begonnen werden können.

4) Revision des Investitionsprogrammes

Das vom V. ZK-Plenum beschlossene Programm der Revidierung von wirtschaftlichen Investitionen, die in den Jahren 1961-65 durchgeführt werden sollen, wird jetzt begonnen. Das Ziel des Revisionsprogramms soll die Einsparung von 10-15 Milliarden Zloty sein, die man dann für weitere Investitionen verwenden will, die hauptsächlich der Entwicklung der Exportproduktion dienen sollen.

Laut Beschluß des ZK sollen die Revisionen einzelner Investitionsvorhaben durch Heranziehung inner- und ausserbetrieblicher Fachkräfte verwirklicht werden. In der bisherigen Praxis hat sich aber erwiesen, daß die Tendenz überhand nimmt, die Revidierung einer Investition in einzelnen Betrieben nur mit Hilfe eigener Fachkräfte durchzuführen und die durch sparsame Planung freigekommenen Mittel im eigenen Betrieb für den weiteren Ausbau zu verwenden.

Gegen diese Tendenz erhoben sich schon warnende Stimmen in der Presse. Man befürchtet, daß die eingesparten 10-15 Milliarden einfach in den Händen der ehrgeizigen Betriebsleitungen zerfließen, ohne daß man sie für konzentrierte wirtschaftliche Aktionen verwenden kann. Aus diesem Grunde beurteilt man die bisherige Revidierungsaktionen im allgemeinen negativ und verlangt die strikte Befolgung der Direktiven, die eine Heranziehung der ausserbetrieblichen Spezialisten bei der Begutachtung jeder geplanten Investition zur Pflicht macht.

5) Beschäftigungsprobleme im nächsten Jahrfünft (1961-65)

Einer der zentralen Probleme für die politische und wirtschaftliche Leitung Polens ist die steigende Zunahme der Bevölkerung im sogenannten Produktionsalter. Dieses Alter umfaßt bei Männern die Zeit zwischen 16 und 59 Jahren und für Frauen zwischen 16 und 54 Jahren.

In den vergangenen und kommenden 5 Jahren hat , bzw. wird sich die Zunahme des Bevölkerungsanteils im Produktionsalter folgendermassen entwickeln:

1956	-	140.000		
1957	-	80.000	1962	- 168.000
1958	-	65.000	1963	- 218.000
1959	-	48.000	1964	- 254.000
1960	-	44.000	1965	- 257.000
1961	-	48.000		

Wenn man diese Zahlen betrachtet, wird es klar, was man in Polen meint, wenn die Wissenschaftler dort von einer "demographischen Explosion" sprechen. Im Jahre 1962 wird die entsprechende Zahl sprunghaft höher und wächst dann ungehemmt weiter. Die Folgen dieser sprunghaften Zunahme wird der Arbeitsmarkt schon im Jahre 1963-64 zu spüren bekommen.

Die Westgebiete Polens werden an diesem "Sprung" stärker als die zentralen Gebiete beteiligt sein. Obwohl ihr heutiger Anteil an der gesamten Bevölkerung fast genau 25 % ausmacht, wird ihr Anteil an der Zunahme der "Produktionsbevölkerung" bei 36 % liegen.

Die Zunahme des Bevölkerungsanteils im Produktionsalter in den Jahren 1961-65 beträgt 965.000. Das Land partizipiert daran mit fast 600.000, die Städte mit 350.000.

Der überwiegende Teil der Jugend, die in den kommenden Jahren das Produktionsalter erreichen wird, stammt aus den Gebieten, die schwach industrialisiert sind, wogegen die stark industrialisierten Bezirke, die immer Mangel an Arbeitskräften verspüren, nicht so stark an der Zunahme partizipieren. Diese Tatsache macht natürlich das Problem noch schwieriger als es sowieso ist. Hunderttausende werden ihre Geburtsorte verlassen und woanders Arbeit suchen, wo man für sie Wohnungen bauen muß usw.

Laut Plan soll die Zahl der in der Landwirtschaft beschäftigten Personen konstant bleiben, d.h., daß die ganze Zuwachsrate von den außerlandwirtschaftlichen Wirtschaftszweigen aufgenommen werden muß. Man rechnet damit, daß in den kommenden 5 Jahren eine halbe Million Personen aus den Dörfern in die Städte einwandern wird. Die Hauptaufnahmegebiete werden die ohnehin überfüllten Bezirke Oberschlesien, Warschau, Danzig und Krakau sein, wo Mangel an Arbeitskräften herrscht. Diese Massen werden aus den östlichen und zentralpolnischen Wojewodschaften kommen, die großen Überschuß aufweisen und nicht ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten bieten können. Die schon erwähnte große Zahl der heranwachsenden Personen im Produktionsalter in den Westgebieten, insbesondere in Niederschlesien, wird dort auch Beschäftigung finden können. In den Westgebieten wird also die Binnenwanderung nicht die großen Ausmaße annehmen wie in Zentral- und Ostpolen.

Ein besonderes Problem wird in der Zukunft - wie schon heute - die Frage der Beschäftigung von Frauen sein. Im Gegensatz zu den Männern, die auf dem Arbeitsmarkt eine Mangelware sein werden, wird es für die Frauen nicht

überall leicht sein, eine Arbeit zu finden.

Man rechnet damit, daß in den kommenden fünf Jahren die Beschäftigtenzahl in der Staatswirtschaft um 745.000 Personen größer wird. Dazu kommen noch etwa 170.000 Lehrlinge. Der Rest (ca. 50.000) wird in der Privatwirtschaft Beschäftigung finden. (Hauptsächlich im Handwerk).

So hofft man, die Vollbeschäftigung auch in der Zeit der "demographischen Explosion" gewährleisten zu können.

6) Beschäftigungsproblem in Niederschlesien

40 Milliarden Zloty sind für die Durchführung der Investitionsprojekte in der Wojewodschaft Breslau in den kommenden Jahren bestimmt. Gemessen an den aktuellen wirtschaftlichen Möglichkeiten Polens ist diese Summe beachtlich. Es genügt der Vergleich, daß die ebenfalls stark industrialisierte Wojewodschaft Krakau, wo viele gewaltige Investitionsvorhaben (Nowa Huta bei Krakau u.a.) realisiert werden, nur 30 Milliarden Zloty für Investitionen bekam.

Der starke Ausbau der niederschlesischen Industrie und anderer wirtschaftlicher Gebiete wird genug Arbeitsplätze für die stark vergrößerten kommenden Jahrgänge bieten. Schon heute herrscht in den meisten industriellen Zentren Niederschlesiens Mangel an Arbeitskräften. So bietet das Gebiet im Augenblick schätzungsweise 7000 freie Arbeitsplätze.

Die Beschäftigung der heranwachsenden Generationen wird also in Niederschlesien in den kommenden 5 Jahren gewährleistet sein. Auch die "auswärtigen" Arbeitssuchenden könnten dort leicht beschäftigt werden. In anderen Gebieten Polens ist Niederschlesien beliebt und es würden sich leicht Willige finden. Es gibt aber eine Schwierigkeit, und die wird auch binnen der nächsten 5 Jahre nicht beseitigt sein: Mangel an Wohnungen.

Der Wohnungsbau erlebte in Niederschlesien seit Oktober 1956 eine relativ schnelle Entwicklung. Während man in den Jahren 1951-55 nur 32.000 Wohnräume baute, wuchs diese Zahl in den Jahren 1956-60 fast auf das Dreifache (95.000). In den kommenden 5 Jahren wird man sogar 140.000 Wohnräume bauen, aber die Zahl ist noch absolut unzureichend und wird das Wohnproblem in Niederschlesien nicht zu lösen vermögen. Die Beschnidung der Investitionssumme, durch das V.ZK-Plenum, die auch für den Wohnungsbau geplant sind, kann sich in den Folgen als sehr unglückliche Sparmaßnahme erweisen.

III. Soziale und kulturelle Probleme

1) Jugend lernt Beruf in den Betrieben

Das Problem der beruflichen Schulung der Jugend in Polen stößt auf zwei Hauptschwierigkeiten. Einerseits reicht die Anzahl der betreffenden Schulen nicht aus, um alle Jugendlichen auf einen Beruf vorzubereiten. Im Jahre 1964 wird die Anzahl der Jugendlichen im Alter von 14-18 Jahren die bisher höchste Zahl von 400.000 erreichen. Auch bei größten Anstrengungen würde das Fassungsvermögen aller bis dahin vorhandenen Schulen nicht ausreichen, um sie aufzunehmen.

Andererseits wieder suchen die Jugendlichen teilweise selbst nach einer Erwerbsmöglichkeit, bevor sie einen Beruf erlernt haben, /weil die wirtschaftliche Not oder der Wunsch nach eigenem Geld sie dazu treiben.

Die Wirtschaft braucht aber in steigendem Masse qualifizierte Arbeitskräfte. Auf der Suche nach der Lösung dieses Problems ist man auf den Gedanken einer beruflichen Schulung der Jugendlichen in ihren Betrieben gekommen.

Die meisten Betriebe haben bisher diese Pflicht einer Berufsschulung der Jugendlichen als eine Belastung empfunden. Sie zahlen Löhne an Jugendliche, obwohl ihre Arbeit nicht so produktiv ist, wie bei den übrigen Arbeitern, weil sie ungelernt sind. Jede Direktion eines Produktionsbetriebes möchte möglichst gute Statistiken der Arbeitsproduktion vorweisen können. Die Beschäftigung der Jugendlichen wirkt sich dabei ungünstig aus. Jeder Betrieb hat einen Produktionsplan, den er erfüllen muß, und außerdem ein Limit für die Höhe des Lohnfonds. Das bedeutet, daß eine bestimmte Summe für die Löhne aller Beschäftigten nicht überschritten werden darf.

Es ist klar, daß unter solchen Umständen die Beschäftigung und das Anlernen der Jugendlichen auch für die meisten Betriebe aus finanziellen Gründen einfach nicht lohnte. Um dieser Schwierigkeit entgegenzuwirken, beschloß die Regierung, daß bei den Statistiken der Arbeitsproduktivität die Arbeit der Jugendlichen nicht berücksichtigt zu werden braucht und auch eventuelle Überschreitungen des Arbeitslohnfonds, die durch Beschäftigung von Jugendlichen entstanden sind - akzeptiert werden.

Eine Erledigung dieser Fragen war nicht für die Direktoren nur, sondern auch für alle Belegschaften wichtig, weil sich damit das Problem der Prämien und Lohnerhöhungen verbindet.

Die Regierung GOMULKAs fand hier, wie auch in vielen anderen Fragen, eine vernünftige Lösung. Es ist jetzt zu erwarten, daß die Betriebe sich nicht mehr gegen eine ordnungsgemäße Berufsausbildung der Jugendlichen wehren werden.

Die augenblickliche Zahl der in allen Arbeitsbetrieben beschäftigten Jugendlichen beträgt im ganzen Lande 120.000. In den kommenden Jahren wird diese Zahl auf 300.000 heranwachsen. Die Leitungen der Gewerkschaften und die Betriebsräte sollen in Zukunft dafür sorgen, daß die Ausbildung dieser Jugendlichen ungestört vor sich geht. Die Betriebe werden sich in der Zukunft nicht weigern dürfen, Jugendliche, die ihnen von den Arbeitsämtern vermittelt werden, aufzunehmen. Sie müssen sie anstellen und ihnen einen Lehrvertrag geben.

Der Staat betont sein Interesse für die möglichst reibungslose berufliche Schulung der Jugend auch dadurch, daß er den Jugendlichen, die sich in besonders schwieriger materieller Lage befinden, Zuschüsse gewährt, die nicht zurückgezahlt zu werden brauchen. Das gilt für die zwei ersten Jahre der beruflichen Ausbildung in einem Arbeitsbetrieb. Man setzt voraus, daß nach dieser Zeit ein Zuschuß überflüssig wird, da ein Jugendlicher dann selbst genug verdienen kann.

2) Kampf um "sozialistisches Theater"

Seit dem Frühjahr 1956 erlebt das Theater in Polen eine Blütezeit. Während der stalinistischen Ära spielten die polnischen Bühnen entweder Stücke aus dem klassischen Repertoire oder "realistische Machwerke" von der Art "Brigade Karhan". Das moderne Repertoire der westlichen Autoren war verpönt, nicht einmal Werke der sowjetischen Schriftsteller aus der ersten revolutionären Zeit durften gespielt werden.

Nach dem XX. Parteitag in Moskau hat sich das auf einmal geändert. Von der ihnen damals gegebenen Freiheit profitierten polnische Theater länger als Presse und Schriftsteller dieses Landes. Doch scheint auch für diese Gebiete des kulturellen Lebens die Zeit gekommen zu sein, wo man die politische Kontrolle über das Repertoire verschärft.

In der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" erschien am 7. August ein Artikel des aus der stalinistischen Zeit gut bekannten Theaterkritikers J. A. SZCEPANSKI, der sich darin mit dem "ideologischen Profil des Theaters" beschäftigte.

"Es handelt sich um das lebenswichtige Problem des Theaterlobens, das soziale Engagement des Theaters. Unter unseren Verhältnissen bedeutet das eine weitere, konsequente Heranbringung des polnischen Theaters an das Modell des sozialistischen Theaters."

Der Kritiker beeilt sich zu erklären, was er unter dem Begriff des sozialistischen Theaters versteht:

"Sozialistisches Theater bedeutet die Ausrichtung des Repertoires auf die große fortschrittliche Problematik. Es bedeutet, daß man nicht fortschrittliche sondern sozialistische Stücke aufführen wird. Nicht nur solche Stücke, die gegenüber den Erscheinungen der bourgeoisen Welt kritisch, sondern auch solche, die gegenüber der sozialistischen Welt positiv eingestellt sind."

Der ehemalige stalinistische Theater-Politruk macht den polnischen Theatern zum Vorwurf, daß in ihren Repertoire Stücke von Autoren "aus unserem Lager" nicht ausreichend repräsentiert werden.

"Dieses Repertoire darf man nicht unter dem Vorwand melden, daß ein Teil des Publikums solche Stücke nicht liebt, weil es weiterhin im Theater eine nicht wählerische, kleinbürgerliche Zerstreung sucht. Der Geschmack dieses Teiles des Publikums soll aber das Theaterrepertoire in Volkspolen nicht bestimmen..."

Das aktuelle Repertoire der polnischen Theater bezeichnet der Kritiker als einseitig. Seine Kritik an der Linie der heutigen Theater in Polen ist aber im allgemeinen in wohlwollendem Tona gehalten. Es finden sich dort keine drohenden Töne, wie man sie seinerzeit gegenüber der Presse und den Schriftstellern angewendet hat. Wahrscheinlich ist das auch nicht notwendig, weil

die Kontrolle über die Theaterdirektionen viel leichter auszuüben ist als die Kontrolle eines einzelnen Schriftstellers.

Aus dem Artikel des Parteiorgans ist nicht ersichtlich, welche Maßnahmen man anwenden will, um das Theater in Polen näher an das angestrebte Ziel zu bringen. Ohne Zweifel ist damit zu rechnen, daß die Parteistellen, die für die Kulturpolitik des Landes verantwortlich sind, sich mit der Problematik des Theaters näher befassen werden, daß man den einzelnen Theaterdirektionen "Hinweise" erteilen wird. Dies bedeutet im Endergebnis stärkere Bevormundung eines Kulturgebietes, daß sich bisher einer relativen Freiheit erfreuen durfte.

3) Gewerkschaften in Zahlen

5,7 Millionen Mitglieder zählen jetzt die Gewerkschaften in Polen. Das sind etwa 78 % aller Beschäftigten. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen beträgt 1,8 Millionen.

In einzelnen Gewerkschaften beträgt die Zahl ihrer Mitglieder im Vergleich zu der Gesamtzahl der in der betreffenden Branche beschäftigten Personen:

Bergbau	- 98,8 %
Eisenbahnen	98,6 %
Post	96,1 %
Hüttenwerke	95,5 %

Die wenigsten organisierten Gewerkschaftsmitglieder gibt es unter den Kulturschaffenden (71,7 %).

Bei einer Gesamtzahl von 65.000 Betrieben gibt es 31.000 Betriebsräte. In kleineren Betrieben gibt es nur die Institutionen der sogen. "Delegierten" der Gewerkschaften.

4) Polytechnisierung der Schulen

In den Mittelschulen Vorkriegspolens gab es drei Grundrichtungen: Klassische (mit Latein u. Alt-Griechisch), humanistische (Latein und eine moderne Fremdsprache) und mathematisch-naturwissenschaftliche (Latein nur als Hilfsfach). Die "klassische Form" der Mittelschule war eine Überlieferung des XIX. Jahrhunderts und im Begriffe zu verschwinden, die

"mathematisch-naturwissenschaftliche" Form galt dagegen als eine Novum und war nur wenig verbreitet. Ausschlaggebend war die sogen. humanistische Mittelschule, in der man nicht mehr Homer im Original studieren musste, dafür aber die großen römischen Dichter und Prosaiker. Diese Schule gab ein notwendiges Minimum an Mathematik, Physik und Chemie, das ein späteres Studium an einer polytechnischen Schule ermöglichen sollte. Das Hauptgewicht lag aber eindeutig auf den sogenannten humanistischen Fächern.

Ein durchschnittlicher Vertreter der Intelligenzschicht in Polen hatte ausreichende Kenntnisse auf solchen Gebieten wie Geschichte, Literatur oder Geographie, aber, wenn er nicht gerade eine technische Hochschule oder eine der wenigen technischen Berufsschulen absolviert hatte, meistens keine blasse Ahnung von der Welt der Technik.

Nach dem Kriege wurde die alte Grundtendenz humanistischer Bildung fortgesetzt. Die Hartnäckigkeit, mit der man die Positionen der einseitigen humanistischen Bildung verteidigte, war in manchen Fällen verblüffend. Es genügt der Hinweis darauf, daß der Minister für Schulwesen, Wladyslaw BIENKOWSKI, seinen Posten vor einem Jahr deswegen verlor, weil er sich standhaft gegen die sogenannte "Polytechnisierung der Mittelschulen" wehrte. Er und andere Gleichgesinnte glauben, daß eine Verschiebung des Akzents auf die nicht humanistischen Fächer in den Mittelschulen zu einer Oberflächlichkeit der allgemeinen Bildung, zur Verneinung der humanistischen Werte der geistigen Kultur, zur Bildung einer geistlosen Technokratenkaste führen wird. Die Befürworter der "Polytechnisierung" behaupten dagegen, daß die bisherige Schulrichtung, die der Jugend keinen Kontakt mit der Technik vermitteln konnte, ein schädlicher Anachronismus ist.

Die Polytechnisierung der Mittelschulen in Polen ist heute eine von der Partei beschlossene Sache. Man will allerdings auch im Lager der "Technokraten" nicht in den Verruf kommen, daß man den humanistischen Werten der Kultur verschlossen bleibe. Um diesem Vorwurf vorzubeugen, erfand man einen neuen terminus technicus: "Humanistische Polytechnisierung". Diese Formulierung soll zum Ausdruck bringen, daß man bei der bevorstehenden Schulreform keineswegs das andere Extrem suchen wird. Mittelschulen sollen ihren Schülern das gleiche Verständnis sowohl für die Werte der geistigen, als auch der materiellen Kultur vermitteln. Wie das in der Praxis aussehen wird, kann man erst in ein paar Jahren beurteilen.

B. Polen und das Ausland

1) Polnische Note

"Trybuna Ludu" vom 24. August schreibt:

"Da verspricht der Bundeskanzler Adenauer seinen Landsleuten aus der ehemaligen Provinz Ostpreußen, sie werden in diese Gebiete zurückkehren können, wenn sie treu zu den NATO-Staaten stehen, wie auch diese Staaten treu zu der Bundesrepublik stehen."

Die Rede ADENAUERS wurde zum Gegenstand einer Note, die Polen an sämtliche NATO-Staaten richtete mit der Anfrage, ob Adenauer von den Regierungen dieser Staaten autorisiert war, derartiges zu behaupten.

Nachdem außer Italien alle gefragten Regierungen geantwortet haben, macht das polnische Parteiorgan eine Bilanz, die aus diesen Antwortnoten resultiert:

hervorgeht

"Es muß betont werden, daß aus allen Antwortnoten, daß sowohl die Beschlüsse des Atlantikpakt~~es~~ als auch die bilateralen Abmachungen zwischen der Bundesrepublik und ihren NATO-Verbündeten den Chef der Bonner Regierung nicht berechtigt haben, diese Staaten für seine revisionistische und revanchistische Politik heran zu ziehen....

Kanzler Adenauer hatte also - wie gesagt - kein Recht sich bei der Verkündung der revisionistischen Politik der Bundesregierung auf seine NATO-Verbündeten zu berufen. Er hatte kein Recht, den Umsiedlern irgendetwas im Namen dieser Staaten zu versprechen."

"Das ist eine positive Tatsache, die man unterstreichen und zur Kenntnis nehmen muß. Sind aber alle Zweifel, alles was uns und die europäische öffentliche Meinung beunruhigt hat, gegenstandslos geworden?"

Das Blatt bedauert, diese Frage negativ beantworten zu müssen. Es meint, daß die Gesamtpolitik des NATO-Blocks ADENAUER zu seinen Aussagen ermuntern konnte und mußte.

2) "Ein Irrtum der SPD"

Die Polnische Presse schloß sich in der letzten Zeit den Attacken des gesamten Ostblocks gegen die SPD an. Immer wieder versucht ein anderes

Pressorgan der polnischen Kommunisten, die deutschen Sozialdemokraten auf die, nach kommunistischer Ansicht, verhängnisvollen Folgen ihrer aktuellen Politik hinzuweisen. Das letzte Beispiel dafür liefert die unter Regie der Partei herausgegebene Wochenzeitung "Polytika" in der Ausgabe vom 6. August 1960. Der Artikel trägt den Titel "Ein Irrtum der SPD". Unter anderem heißt es dort:

"Es war vollkommen natürlich, daß die Magdeburger Rede des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz in den revidionistischen und revanchistischen Kreisen Westdeutschlands mit Wut aufgenommen wurde. Beste Bedenken ruft aber die Tatsache hervor, daß auch die Sozialdemokratie es für richtig hielt, aus diesem Anlaß ihre Solidarität mit den erwähnten Kreisen zu betonen. Ein Kommentar des offiziellen SPD-Pressedienstes wird betitelt: 'Irrtum des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz'. In Wirklichkeit aber, haben wir es hier mit einem tragischen Irrtum der deutschen Sozialdemokratie zu tun...

Cyrankiewicz warnte sie (Sozialdemokraten) vor der Wiederholung ihrer Fehler, als er davon sprach, wie in der Weimarer Republik die Sozialdemokratie Kompromisse mit Nationalismus und Chauvinismus schloß und dadurch die Sache der deutschen Demokratie verspielte. Nachdem sie alles vergessen und nichts dazu gelernt hat, beschreitet heute die SPD die gleichen Wege...

Sollten sie (die Sozialdemokraten) wirklich glauben, daß die Vereinigten Staaten, Großbritannien, Frankreich und die Sowjetunion eine Massenumsiedlung der deutschen Bevölkerung akzeptiert haben, um ein paar Jahre später der gleichen Bevölkerung eine Wanderung in umgekehrter Richtung zu befehlen?

Als man (in Potsdam) diesen Beschluß faßte, war es doch für jeden klar - sowohl für die Großmächte als auch für die Deutschen selbst - daß damit das Problem der westlichen Grenze Polens endgültig und unwiderruflich geregelt ist, und daß man eine Bestätigung dieser Tatsache im Friedensvertrag als reine Formalität betrachtet...

Die SPD wehrt sich gegen die Beschuldigung einer revanchistischen Aktion mit der Behauptung, sie wünsche eine Revision der Grenze ausschließlich mit friedlichen Mitteln. Es ist wirklich Zeit, um mit diesem politischen Märchen Schluß zu machen. Es gibt keinen Weg zur Revision der Oder-Neiße-Grenze mit friedlichen Mitteln! Sie ist ein Bestandteil des bestehenden Systems der internationalen Beziehungen, und jeder

Versuch, dieses System anzutasten, würde einen Krieg auslösen. Auf friedlichem Wege kann man dieses System nicht verändern. Die polnische Regierung und die polnische Bevölkerung werden damit niemals einverstanden sein. Und auch das Lager der sozialistischen Staaten wird damit nicht einverstanden sein....

Eine Kolportierung der Illusionen über die friedliche Revision der polnischen Grenze bedeutet praktisch ein Wirken zugunsten des deutschen Revisionismus und Revanchismus...

Ähnliches erlebte die SPD in der Zeit zwischen den Weltkriegen. Damals wendete Stresemann solche Taktik an. Der Sozialdemokratische Ministerpräsident Braun sprach damals von der 'blutenden Wunde des polnischen Korridors'. Eines Tages kam aber ein Offizier Hitlers mit 10 Gendarmen und warf den Ministerpräsidenten Braun aus seinem Arbeitszimmer und Amt...

Die deutschen Sozialdemokraten werden das erste Opfer dieser nationalistischen Flut sein, die Westdeutschland überschwemmt. Die Grenze Polens wird bestehen bleiben. Aber die deutsche Sozialdemokratie wird sich vor dieser Überschwemmung nicht retten können. Wenn sie nicht noch einmal ihr Haupt unter das Henkersbeil legen will, muß sie mit dem Bau der Dämme gegen den Nationalismus und den deutschen Revanchismus beginnen, und das nicht etwa in unserem, sondern in ihrem eigenen Interesse."